

Die politische Entwicklung in der Slowakei nach den Parlamentswahlen 2002

■ Die Haupttrends im Jahre 2003

Im September 2003 ist ein Jahr seit den Parlamentswahlen in der Slowakei vergangen. Die Ergebnisse dieser Wahlen ermöglichen vier Mitterechtsparteien, SDKÚ-SMK-KDH und ANO, im Oktober 2002 eine Koalitionsregierung zu bilden. Das Kabinett setzt sich aus sechs Vertretern der SDKÚ (einschließlich Premierminister Mikuláš Dzurinda), vier Vertretern der SMK, drei der KDH und drei der Partei ANO zusammen.

In der Slowakei war das Jahr nach den Wahlen die Zeit einer relativ stabilen innenpolitischen Entwicklung, einer reformorientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie der Vollendung eines mehrjährigen Beitrittsprozesses zu NATO und EU. Das auf Gewaltenteilung beruhende institutionelle System der SR funktionierte praktisch störungsfrei. Die Beziehungen zwischen den Verfassungsinstitutionen (Präsident, Parlament, Regierung, Verfassungsgericht) zeichneten sich durch Ausgeglichenheit und Konfliktlosigkeit aus. Das Parlament bewies ausreichende Effizienz, auf den Sitzungen des Nationalrates der SR wurden in den ersten zehn Monaten seiner Tätigkeit nahezu 90 Gesetze und Novellen behandelt und verabschiedet. Dies ist eine mit der vorangegangenen Legislaturperiode vergleichbare Anzahl (auf den Sitzungen im September 2003 berieten die Abgeordneten Dutzende weiterer Vorlagen).

Auch ein Jahr nach den slowakischen Parlamentswahlen vom September 2002 steht die von Beginn an schwache Regierungskoalition unter Premierminister Dzurinda keineswegs gefestigt dar. Anlass für Streitereien zwischen den vier Mitte-Rechts-Koalitionären SDKÚ, SMK, KHD und ANO waren und sind etwa die Gesetzesnovelle für den öffentlichen Dienst, das ungarische Landsmannschaftsgesetz, die Regelungsentwürfe für eine Schwangerschaftsunterbrechung oder der Abschluss diverser Teilverträge mit dem Vatikan. Verdeckt werden konnte das niedrige Vertrauensniveau der Koalitionspartner, das im laufenden Jahr bereits zweimal zu Kabinettsumbildungen führte, lediglich durch eine gemeinsame Linie in Fragen des EU-Beitritts sowie der euroatlantischen Orientierung des Landes – Themen, bei denen die überwältigende Mehrheit der Slowaken ohnehin eine befürwortende Position vertritt.

Trotz verschiedener Standpunkte von Regierungs- und Oppositionsparteien in mehreren Fragen der praktischen Politik waren die Beziehungen zwischen der Regierungskoalition und der parlamentarischen Opposition durch ein wesentlich höheres Niveau der Kooperation gekennzeichnet, als es in dem Zeitraum von 1998 bis 2002 oder von 1994 bis 1998 der Fall gewesen war.

Trotz verschiedener Standpunkte von Regierungs- und Oppositionsparteien in mehreren Fragen der praktischen Politik (vor allem im Sozial- und Wirtschaftsbereich) waren die Beziehungen zwischen der Regierungskoalition und der parlamentarischen Opposition durch ein wesentlich höheres Niveau der Kooperation gekennzeichnet, als es in dem Zeitraum von 1998 bis 2002 oder von 1994 bis 1998 der Fall gewesen war. Die im Parlament vertretenen Parteien hielten sich an die vom Verfassungsrahmen festgelegten Regeln, was einen weiteren Schritt im Prozess der demokratischen Konsolidierung des Landes andeutete. Die Machtausübung hatte einen zweifellos demokratischen Charakter, obwohl einige mit der Tätigkeit der sogenannten Machtressorts verbundene Vorfälle die Vermutung nahe legten, dass die Interessen politischer Parteien und einzelner ihrer Repräsentanten häufig den gemeinsam festgelegten nationalen und staatlichen Interessen vorangestellt wurden.

Ein Jahr nach den Parlamentswahlen blieb das Kräfteverhältnis zwischen der Regierungskoalition und der Opposition faktisch unverändert. Obwohl in der Zusammensetzung einzelner Fraktionen gewisse Änderungen erfolgten, kam es doch zu keinen Verschiebungen zugunsten der oppositionellen oder der Regierungsfraktion. Im Februar 2003 bildete sich im Nationalrat der SR eine neue Gruppierung – die Fraktion unabhängiger Abgeordneter, bestehend aus elf Parlamentariern, die kurz zuvor aus der HZDS ausgetreten waren und eine neue Partei – die Ludová únia (ĽÚ – Volksunion) gegründet hatten. Im September 2003 gab es im NR SR (Nationalrat der Slowakischen Republik) die Fraktionen der SDKÚ (28 Abgeordnete), der HZDS (25 Abgeordnete), der Partei Smer (25 Mandate), der SMK (20 Mandate), der KDH (15 Abgeordnete), der ANO (14 Parlamentsangehörige, davon haben zwei zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Textes die Absicht geäußert, aus dieser Partei auszutreten, jedoch die Regierungskoalition weiterhin zu unterstützen), der KSS (Kommunistische Partei – elf Abgeordnete) und die Fraktion unabhängiger Abgeordneter, Mitglieder der ĽÚ (elf Abgeordnete). Ein Abgeordneter, der aus der ANO ausgetreten ist, wurde in keine Fraktion aufgenommen, er unterstützte dabei die Regierungskoalition.

Obwohl sich das Kabinett von M. Dzurinda im Parlament lediglich auf eine knappe Mehrheit stützte (78 Abgeordnete der Koalition gegenüber 72 der Oppositionsparteien), gelang es der Regierungskoalition SDKÚ-SMK-KDH-ANO, bis auf ein paar Ausnahmen die Verabschiedung der von ihr vorgelegten Gesetzesentwürfe im Parlament zu gewährleisten. Die Opposition bemühte sich im Jahre 2003, die Regierungskoalition durch Misstrauensanträge gegen zwei Regierungsmitglieder zu schwächen (es ging um Pál Csáky, den Vizepremier für europäische Integration, Minderheiten und Menschenrechte sowie Ivan Mikloš, den Finanzminister). Diese Anträge fanden jedoch keine ausreichende Unterstützung (für den Misstrauensantrag gegen beide Regierungsmitglieder stimmten nur 43 Oppositionsabgeordnete).

Im Oppositorium erhöhte sich 2003 das Maß an Zersplitterung. In der stärksten oppositionellen Gruppierung, der HZDS, kam es zu einer Spaltung, infolge derer diese Partei die Position der stärksten Oppositorin einbüßte. Infolgedessen hat sich die Manövriertfähigkeit der Regierungskoalition erheblich verbessert. Die Oppositionsparteien – Smer, HZDS, KSS und LÚ unterscheiden sich in ideologischer und programmatischer Hinsicht, eine eventuelle Zusammenarbeit wird dadurch erschwert. Sogleich nach den Parlamentswahlen begannen die Oppositionsparteien untereinander zu wetteifern, welche von ihnen das Phänomen der „Protestabstimmung“ am effektivsten nutzen und welche die unversöhnlichste regierungsfeindliche Rhetorik verwenden werde. Die Rolle der radikalsten Regierungsgegner übernahmen die Kommunistische Partei der Slowakei (KSS) und die Partei Smer, insbesondere in der Sozial- und Wirtschaftspolitik, zuletzt jedoch auch bei Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Ein höheres Maß an Pragmatismus, vor allem in Fragen der Außenpolitik, zeigt die HZDS und die neue Gruppierung LÚ, die, wie gesagt, durch Abspaltung von der erstgenannten Bewegung entstanden ist.

Die in Meinungsumfragen ermittelte Unterstützung der Koalitionsparteien durch die Wählerschaft bleibt ein Jahr nach den Parlamentswahlen 2002 auf einem Niveau, das mit ihrem Wahlsieg ungefähr vergleichbar ist. Eine überwiegend pessimistische Einstellung der slowakischen Öffentlichkeit der gesell-

■ Im Oppositorium erhöhte sich 2003 das Maß an Zersplitterung. In der stärksten oppositionellen Gruppierung, der HZDS, kam es zu einer Spaltung, infolge derer diese Partei die Position der stärksten Oppositorin einbüßte.

schaftlichen Entwicklung gegenüber hat keine bedeutende Änderung der Sympathien der Bürger zur Folge gehabt, die einzige sichtbare Veränderung war der Anstieg der Umfragewerte für die oppositionelle Partei Smer, die zusätzliche Unterstützung von Seiten ehemaliger Anhänger der aus der slowakischen Politik faktisch ausgeschiedenen Linksparteien (SDĽ, SDA, SDSS – Partei der demokratischen Linken, Sozialdemokratische Alternative, Sozialdemokratische Partei in der Slowakei) erhielt.

■ Umfragewerte politischer Parteien im Jahre 2003 (in Prozent)

Partei	Parla- ments wahl 2002	1/2003	2/2003	3/2003	4/2003	5/2003	6/2003	7/2003	8/2003
Smer	13,46	18,6	20,8	25,8	22,9	23,0	25,1	23,1	26,0
HZDS	19,50	18,5	19,9	16,9	19,7	16,3	17,7	17,0	16,0
SDKÚ	15,09	14,7	13,9	12,3	14,5	15,3	12,7	11,9	11,6
SMK	11,16	10,2	11,2	9,7	8,7	12,2	10,3	10,5	10,7
KDH	8,25	9,8	10,5	11,2	12,0	10,4	9,1	11,7	9,6
ANO	8,01	8,8	7,5	6,9	7,3	7,0	9,4	9,5	10,1
KSS	6,32	7,3	5,4	10,2	5,7	6,7	4,6	6,2	6,8
SNS	3,32	3,0	3,3	2,1	2,4	2,9	3,6	4,7	3,9
PSNS	3,65	3,7	3,7	2,5	2,5	2,0	2,0	–	–

Quelle: Meinungsforschungsinstitut des Statistischen Amtes der SR.

■ Aktivität der Regierungskoalition

Nach den Septemberwahlen 2002 kam die Regierungskoalition relativ rasch zustande, was auch mit den zur Bildung einer sogenannten kleinsten siegreichen Koalition ausreichenden Wahlergebnissen zusammenhing, einer Koalition programmatischer Übereinkunft der Koalitionspartner, auch angesichts kommender NATO- und EU-Gipfeltreffen, bei denen die SR die Einladung zum NATO-Beitritt erhalten und die Beitrittsverhandlungen mit der EU abschließen sollte. Das Kabinett wurde parallel mit der Ausarbeitung einer gemeinsamen Programmbasis der Koalition gebildet, die die Grundlage für die in der Folge problemlos im Parlament verabschiedete Regierungserklärung bildete.

Die im November 2002 vom Abgeordnetenhaus genehmigte Regierungserklärung ist ein Dokument mit Reformcharakter, im Kern bestehend aus Vorschlägen für Reformschritte in mehreren Bereichen. Nach fast einem Jahr ab Regierungsarbeit ist festzustellen, dass der Wille der Regierungsparteien, Reformen durchzusetzen, nach wie vor besteht. Das Parlament verabschiedete einige Gesetze und Novellen, deren Inhalt den ursprünglich proklamierten Vorhaben der Regierung entsprach. Sowohl das Kabinett als Ganzes als auch einzelne Minister bemühen sich, grundsätzliche Programmschwerpunkte auch bei Verhandlungen mit den Sozialpartnern, vor allem den Gewerkschaften, einzuhalten, auch zum Preis des Risikos etwaiger Spannungen bei den anderen Partnern im Dreierabkommen, sogar einer Verletzung des sozialen Friedens seitens der Gewerkschaften.

Die im Oktober 2002 zustande gekommene Regierungskoalition SDKÚ-SMK-KDH-ANO ist ein Bündnis von Mitte-Rechts-Parteien. Hinsichtlich der programmatischen Orientierung handelt es sich um nichtautoritäre Parteien, die für eine marktorientierte Wirtschaftspolitik und für eine liberal-demokratische Gesellschaftspolitik stehen. Die Situation innerhalb der Regierungskoalition war während des ersten Jahres gekennzeichnet einerseits durch das Interesse, gemeinsam die Regierungsverantwortung während der gesamten Legislaturperiode zu behalten, andererseits durch sichtliche Spannungen zwischen den Koalitionspartnern. Häufige Ursache der Konflikte waren Bemühungen, eine stärkere Position in den Organen der Exekutive, insbesondere in den sogenannten Machtresorts und den Strafverfolgungsbehörden (Polizei, Staatsanwaltschaft, Nachrichtendienst, Nationales Sicherheitsamt) zu erringen. Eine Erschwernis bei der Zusammenarbeit in der Koalition waren ideologische Differenzen zwischen den Parteien, die Familie, Reproduktionsverhalten, Sexualität, Schwangerschaftsunterbrechung, Diskriminierungsverbot, Beziehung zwischen Staat und Kirche sowie das Verhältnis zum Vatikan betrafen. Hier klafften die Positionen des liberalen und des konservativen Flügels der Koalition weit auseinander. Die Beziehungen der Koalitionsparteien untereinander waren durch Vorstellungen einzelner Parteien von der Art der Machtausübung, den Prioritäten und In-

■ Eine Erschwernis bei der Zusammenarbeit in der Koalition waren ideologische Differenzen zwischen den Parteien. Hier klafften die Positionen des liberalen und des konservativen Flügels der Koalition weit auseinander.

teressen in den einzelnen Gesellschaftsbereichen sowie durch persönliche Beziehungen führender Politiker untereinander geprägt. Vor allem für die Beziehungen zwischen der liberalen Partei ANO und der konservativen KDH war während des gesamten Bestehens der Regierung eine starke Spannung kennzeichnend, die einige Male in einen offenen Konflikt mit wechselseitigen Bezichtigungen wegen vermeintlicher Illoyalität gegenüber der Regierungskoalition und ihrer vorsätzlichen Zerschlagung mündete. Zeitweilige Spannungen gab es auch in den Beziehungen zwischen der SMK und den drei anderen Koalitionspartnern sowie den Beziehungen zwischen SDKÚ und ANO beziehungsweise zwischen KDH und SDKÚ. Wichtiger war jedoch: Wenn die Koalition programmbezogene Fragen behandelte, zeigten die Regierungsparteien eine sachliche Einstellung und Kooperationsbereitschaft. Ähnlich wie in der Legislaturperiode 1998 bis 2002 ist auch im ersten Amtsjahr der zweiten Regierung Dzurinda offensichtlich, dass der Zusammenhalt der Koalition auf Exekutivebene (Kabinett und Ministerien) fester war, als es auf der allgemein politischen Ebene (Parteileitungen, Koalitionsrat, Parlament) der Fall war.

■ Ereignisse, die Konflikte in der Regierungskoalition verursachten

Nach der Regierungsbildung geriet die Koalition SDKÚ-SMK-KDH-ANO einige Male in Situationen, die von Konflikten zwischen den Parteien gekennzeichnet waren. In einigen Fällen bildeten ideologische Unterschiede den Hintergrund dieser Streitigkeiten, in anderen wiederum war es die Folge mangelhaften Vertrauens der Parteiführer untereinander. Die Intensität der Parteienkonflikte war unterschiedlich, dasselbe gilt auch für ihre Folgen. Während des beobachteten Zeitraums führte jedoch keiner der Konflikte in der Koalition zu einer Regierungskrise oder gar dem Zerfall der Koalition.

Gesetzesnovelle über den öffentlichen Dienst

Der erste schwerwiegende Konflikt innerhalb der Koalition ereignete sich im Zusammenhang mit der Verabschiedung einer von Staatspräsident R. Schuster dem Parlament zur nochmaligen Behandlung zurückgereichten Novellen Ende Dezember 2002.

■ Der erste schwerwiegende Konflikt innerhalb der Koalition ereignete sich im Zusammenhang mit der Verabschiedung einer von Staatspräsident R. Schuster dem Parlament zur nochmaligen Behandlung zurückgereichten Novellen Ende Dezember 2002.

lung zurückgereichten Novellen Ende Dezember 2002. Die Gesetzesnovelle über den öffentlichen Dienst zur Gehaltsregelung der Angestellten im Gesundheitswesen wurde im Dezember 2002 bei wiederholter Abstimmung im Nationalrat der SR nicht verabschiedet, da Abgeordnete der KDH nicht dafür stimmten. Obwohl die KDH vorher keinerlei Einwände gegen das von der Koalition vereinbarte Vorgehen in Sachen Gehaltsregelung durch Kollektivverhandlung erhob, schlugen Abgeordnete der KDH vor, die Abstimmung über die Novelle zu verschieben. Zuerst begründeten die Vertreter die Notwendigkeit der Diskussion durch Fachargumente und äußerten Vorbehalte gegenüber ihrem Inhalt. Nach der Abstimmung im NR SR, bei welcher sich die Abgeordneten der KDH der Stimme enthielten, gaben die Parteivertreter einen anderen Grund an. Der Abgeordnete Július Brocka erklärte: „Aus sachlicher Sicht haben wir mit der Novelle kein Problem. Unser Motiv für die Blockierung des Gesetzes beruhte auf einer politischen Entscheidung, um darauf aufmerksam zu machen, dass unsere Partner in der Koalition unsere Standpunkte nicht ernst nehmen.“ Der Grund für eine solche Bewertung der Lage waren erfolglose Bemühungen der KDH, ihre Vertreter für den Vorstand der Slowakischen Elektrizitätswerke (SE) zu nominieren. Laut KDH hätten die Koalitionspartner keine Bereitschaft gezeigt, ihre Haltung zu akzeptieren, wobei im Vorstand der Slowakischen Elektrizitätswerke selbst Mitglieder der Partei ANO überwiegend. Die KDH erklärte ihre Bemühungen um die Ernennung ihrer Kandidaten mit der Notwendigkeit, eine transparente Unternehmensführung und eine gleichgewichtige Aufteilung der Verantwortung unter den Koalitionsparteien zu erreichen. Die Ablehnung dieser Forderung seitens der Koalitionspartner interpretierten die Vertreter der KDH als „Negation ihrer Mitverantwortung im Bereich der Wirtschaft“. Das Vorgehen der KDH bei der Verabschiedung des Gesetzes über den öffentlichen Dienst rief große Missstimmung bei den anderen Koalitionspartnern hervor. Der Vorsitzende von ANO, Pavol Rusko, erklärte, dass die ANO sich belogen und betrogen fühlte. Finanzminister I. Mikloš (SDKÚ) bezeichnete das Verhalten eines Teils der KDH als „verantwortungslos und unbegreiflich“. SMK-Vorsitzender

Das Vorgehen der KDH bei der Verabschiedung des Gesetzes über den öffentlichen Dienst rief große Missstimmung bei den anderen Koalitionspartnern hervor. Der Vorsitzende von ANO, Pavol Rusko, erklärte, dass die ANO sich belogen und betrogen fühlte. Finanzminister I. Mikloš (SDKÚ) bezeichnete das Verhalten eines Teils der KDH als „verantwortungslos und unbegreiflich“.

der B. Bugár zeigte sich von der Haltung der KDH überrascht und bezeichnete sie als „nicht standardgemäß“. Der Vorsitzende der KDH P. Hrušovský führte zur Verteidigung seiner Partei an, dass diese sich nicht als gleichwertiger Partner in der Koalition fühle und dass die Christdemokraten keinen anderen Weg gefunden hätten, ihre ablehnende Haltung zu den Koalitionsbeziehungen zu bekunden als durch ihr Verhalten bei der Abstimmung über das Gesetz zum öffentlichen Dienst, obwohl durch die Abstimmung nicht ihr Standpunkt zur Reform des Gesundheitswesens zum Ausdruck gebracht worden sei. P. Hrušovský bestätigte dabei das Interesse der KDH am Mitwirken in der Koalition. KDH teilte mit, den Koalitionspartnern ihre Prinzipien einer personellen Besetzung der obersten Organe der SE vorzulegen. Die Wichtigkeit dieser Frage ging nach KDH aus der Tatsache hervor, dass das Unternehmen SE, dessen Wert auf 160 Milliarden Slowakische Kronen (Sk) geschätzt wird, vor der Privatisierung steht und dass alle Koalitionspartner über diesen Prozess mitentscheiden sollten. Auf der Sitzung des Koalitionsrates Mitte Dezember 2002 lehnten aber Vertreter von SDKÚ, SMK und ANO politische Nominierungen in Gesellschaften mit staatlicher Beteiligung ab. Der Vorsitzende der KDH kommentierte diese Haltung mit der Behauptung, dass „die Koalitionspartner sich gegen die KDH verbündet hätten,“ und wies darauf hin, dass die Praxis politischer Nominierungen nach wie vor angewendet werde. Nach P. Hrušovský nahmen die restlichen Koalitionspartner die Verantwortung für die weitere Entwicklung in den Slowakischen Elektrizitätswerken auf sich. In der Frage politischer Nominierungen in Führungsgremien von Unternehmen mit Staatsanteilen kam es später zu keinen Konflikten mehr.

Das ungarische Landsmannschaftsgesetz

■ Die Beziehungen in der Regierungskoalition wurden von der Frage des ungarischen Landsmannschaftsgesetzes beeinflusst. Hier wich der Standpunkt der SMK von den Meinungen der drei anderen Regierungsparteien erheblich ab.

Die Beziehungen in der Regierungskoalition wurden von der Frage des ungarischen Landsmannschaftsgesetzes beeinflusst. Hier wich der Standpunkt der SMK von den Meinungen der drei anderen Regierungsparteien erheblich ab. SDKÚ, ANO und KDH lehnten selbst den Gedanken der Anwendung eines ungarischen Gesetzes in Bezug auf Bürger der SR ab, bezeichneten ihn als exterritorial und diskriminie-

rend und betonten, dass die Slowakei die Frage der Unterstützung von Minderheiten in den Beziehungen zwischen der SR und der Ungarischen Republik mithilfe der aus dem Grundvertrag aus dem Jahre 1995 hervorgehenden Regelwerke angehen sollte. Für die SMK war jedoch das ungarische Landschaftsgesetz eine annehmbare und begrüßenswerte Möglichkeit, die kulturelle Identität ethnischer Ungarn in der Slowakei zu stärken. Die Repräsentanten von SDKÚ, KDH und ANO räumten sogar die Möglichkeit der Verabschiedung einer besonderen Rechtsnorm ein, welche die Anwendung des ungarischen Gesetzes auf dem Gebiet der SR verhindern würde. SMK lehnte dies entschieden ab. Ende 2002 lehnte Premierminister M. Dzurinda während des Besuchs in Budapest die von der Regierung P. Medgyessys verfasste Novelle des Landschaftsgesetzes kategorisch ab. Laut Vorsitzendem der SMK Béla Bugár hätte jedoch die Novelle die Vorbehalte und Einwände der slowakischen Seite, die der ungarischen Seite gerade von der SMK gemäß Absprache mit Premierminister und SDKÚ-Vorsitzendem M. Dzurinda übermittelt wurden, berücksichtigt. Im Juni 2003 erklärte jedoch M. Dzurinda wiederholt, dass das Landschaftsgesetz für die Slowakei unannehmbar sei. Er führte aus, die Regierung würde den „exterritorialen und diskriminierenden Wirkungen des Gesetzes“ zuvorkommen und deutete die Verabschiedung eines „Gegengesetzes“ an. SMK-Vorsitzender B. Bugár wies jedoch darauf hin, dass der Koalitionsrat über keine möglichen Maßnahmen beraten habe und dass „so ein Gesetz nicht gegen den Willen eines Koalitionspartners durchgesetzt werden könne“. Ende Juni 2003 trat die Regierung mit einer Verlautbarung an die Öffentlichkeit, in der sie das Landschaftsgesetz ablehnte. Für die Verlautbarung stimmten Minister der SDKÚ, ANO und KDH, die Minister der SMK stimmten dagegen. Trotz Ablehnung des Inhalts der Verlautbarung hielt die SMK diese jedoch selbst nicht für eine Verletzung des Koalitionsabkommens. Anfang Juli 2003 brachte jedoch B. Bugár seine Bestürzung über Informationen zum Ausdruck, dass inzwischen das „Gegengesetz“ vorbereitet worden sei, wovon weder SMK noch die beiden anderen Koalitionsparteien – KDH und ANO informiert worden seien. Der SMK-Vorsitzende

Für die SMK war das ungarische Landschaftsgesetz eine annehmbare und begrüßenswerte Möglichkeit, die kulturelle Identität ethnischer Ungarn in der Slowakei zu stärken.

führte an, er sei überzeugt, dass es sich um die Initiative von Premier M. Dzurinda handle. Nach den Verhandlungen der Außenminister der SR und Ungarns, Eduard Kukan und László Kovács, im Juli 2003 in Bratislava, auf den eine Übereinkunft über den Grundrahmen einer Lösung dieses Problems erreicht wurde, ließ die mit dem Landsmannschaftsgesetz verbundene Spannung in der Regierungskoalition spürbar nach.

Die Novelle zur Schwangerschaftsunterbrechung

Die Meinungsverschiedenheiten wegen der Novellierung des sogenannten Schwangerschaftsunterbrechungsgesetzes haben den Charakter der koalitionsinternen Beziehungen seit April 2003 stark beeinflusst.

Die Meinungsverschiedenheiten wegen der Novellierung des sogenannten Schwangerschaftsunterbrechungsgesetzes haben den Charakter der koalitionsinternen Beziehungen seit April 2003 stark beeinflusst. Angesichts der gegensätzlichen Meinungen zweier Koalitionsparteien, ANO und KDH, in der Frage der künstlichen Schwangerschaftsunterbrechung sowie der von den Koalitionspartnern unterschiedlich beurteilten allgemein gesellschaftlich-politischen Zusammenhänge bei Vorlage der Novellierung jener die Schwangerschaftsunterbrechungen regelnden Rechtsnorm war die Chance eines beidseitig annehmbaren Kompromisses von Anfang an sehr gering. Die Novelle wurde im April 2003 zur Behandlung im Parlament von der Fraktion der ANO vorgelegt und stieß sofort auf den Widerstand der KDH, die ihren sachlichen Inhalt kritisierte, gleichwohl aber auch die Vorgehensweise von ANO verurteilte, da sie den Bestimmungen des Koalitionsabkommens über die Regelung der Vorlage legislativer Entwürfe im Parlament widerspreche. Die Vertreter der ANO wiesen diese Anschuldigungen zurück und behaupteten, das Maximum für das Informieren der Partner über ihre Initiative getan zu haben. Sie begründeten die Vorlage des Entwurfes mit der Notwendigkeit, die Art der Durchführung der Schwangerschaftsunterbrechungen im Falle genetischer Schädigungen des Embryos zu regeln und somit einem rechtlichen Vakuum in dieser Frage nach eventuellem Entscheid des Verfassungsgerichtes der SR über die bisher gültige Verordnung des Gesundheitsministeriums als nicht verfassungsmäßig zuvorzukommen. Die politische Diskussion über die Novellierung des Gesetzes zur Schwangerschaftsunterbrechung sowie die weiteren Zusammenhänge

der ganzen Angelegenheit waren durch starke Gegensätze und gegenseitige Angriffe von Vertretern der KDH und der ANO gekennzeichnet und verursachten einen noch größeren Vertrauensverlust unter den Regierungsparteien. Bereits im April 2003 erklärte der KDH-Abgeordnete František Mikloško, dass, wenn die Novelle in die zweite Lesung komme, in der Koalition „alles erlaubt sein wird“. Die Diskussion, die zwischen den Abgeordneten von KDH und ANO entbrannte, wurde vom Vorsitzenden der SMK, Béla Bugár, als der „beste Weg ins Verderben“ bezeichnet. Ende April 2003 kam die Novelle in die zweite Lesung, für ihre Verabschiedung stimmten außer ANO und einigen Angehörigen der Fraktionen von SMK und SDKÚ die Abgeordneten aller Oppositionsparteien. KDH-Vertreter erklärten, dass sie die endgültige Verabschiedung der Novelle für eine grobe Verletzung des Koalitionsabkommens hielten. P. Hrušovský teilte mit, KDH werde mit keiner Partei kooperieren, die die Gesetzesnovelle über Schwangerschaftsunterbrechung im Parlament unterstütze. Im Mai 2003 versuchten KDH und ANO mittels bilateraler Verhandlungen sowie Beratungen im Rahmen des Koalitionsrates einen Kompromiss zu erzielen, was jedoch scheiterte. Während der Sitzung des Koalitionsrates wurde die Haltung der KDH faktisch auch von SMK und SDKÚ unterstützt, indem ihre Vertreter mitteilten, eine eventuelle Verabschiedung der Gesetzesnovelle über Schwangerschaftsunterbrechung für einen „groben Verstoß gegen das Koalitionsabkommen“ zu halten. Sie kündigten an, gegen die Novelle zu stimmen. Auch nach der Sitzung des Koalitionsrates lehnte ANO es ab, die Vorlage im Plenum zurückzuziehen. Diese Haltung rief eine harte Reaktion seitens der KDH hervor. Innenminister und stellvertretender Vorsitzender Vladimír Palko bezeichnete in diesem Zusammenhang die Liberalen als die direkte Fortsetzung sowjetischer Kommunisten und äußerte dabei die Überzeugung, dass die Novelle im Parlament nicht angenommen werde. Während die KDH-Vertreter die eventuelle Annahme der Novelle in einen direkten Zusammenhang mit dem weiteren Schicksal der Koalition stellten, behaupteten die Repräsentanten von ANO, dass diese Variante der Entwicklung kein Ende der Koalitionszusammenarbeit bedeuten müsse. Zugleich be-

■ P. Hrušovský teilte mit, KDH werde mit keiner Partei kooperieren, die die Gesetzesnovelle über Schwangerschaftsunterbrechung im Parlament unterstützen. Im Mai 2003 versuchten KDH und ANO mittels bilateraler Verhandlungen sowie Beratungen im Rahmen des Koalitionsrates einen Kompromiss zu erzielen, was jedoch scheiterte.

standen sie aber darauf, dass es nicht die ANO sei, die die Zusammensetzung der Regierungskoalition ändern wolle. Im Juni 2003 gab P. Rusko an, dass, wenn KDH die Koalition wegen ihrer Ablehnung der Novelle verlasse und die beiden anderen Parteien nicht mehr bereit seien würden, diese Koalition fortzusetzen, nach einer anderen Koalition gesucht werden würde. Versuche, einen Kompromiss mittels Beratungen im Koalitionsrat zu erreichen, scheiterten erneut. SDKÚ, KDH und SMK teilten mit, dass sie es für „äußerst unannehmbar hielten, wenn eine der Regierungsparteien ein Gesetz mit Unterstützung der Opposition durchsetzen wollte“. Drei Koalitionsparteien wandten sich an ANO, auf den Entscheid des Verfassungsgerichtes zu warten, diese jedoch akzeptierte die Aufforderung nicht.

Anfang Juli 2003 hat der NR SR die Novelle der ANO mit Stimmenmehrheit angenommen. Premierminister M. Dzurinda erklärte, es tue ihm leid, dass die ANO den Koalitionsvertrag verletzt und Spannung in die Gesellschaft gebracht habe, die nicht nötig gewesen wären. Trotzdem glaubt der Premier, dass es für das Land keine bessere Alternative gebe als das gegenwärtige Koalitionsviergespann. Er führte an, er werde alles tun, damit die Koalition auch nach Verabschiedung der Gesetzesnovelle über Schwangerschaftsunterbrechung weiter mache. Staatspräsident R. Schuster schickte die Novelle zurück ins Parlament und die Koalitionspartner kamen schließlich überein, die Abstimmung über die wiederholte Annahme auf einen Zeitpunkt nach der Entscheidung des Verfassungsgerichtes zu verschieben.

Die Abhöraffäre um den ANO-Vorsitzenden Pavol Rusko

Das niedrige Vertrauensniveau unter den Koalitionspartnern bestätigte auch die Entwicklung der Abhöraffäre um den ANO-Vorsitzenden Pavol Rusko. Ihr Beginn wird auf Anfang Januar 2003 datiert, als die Tageszeitung *Sme* die Nachricht über den Besuch eines Polizeioffiziers in der Redaktion veröffentlichte.

Das niedrige Vertrauensniveau unter den Koalitionspartnern bestätigte auch die Entwicklung der Abhöraffäre um den ANO-Vorsitzenden Pavol Rusko. Ihr Beginn wird auf Anfang Januar 2003 datiert, als die Tageszeitung *Sme* die Nachricht über den Besuch eines Polizeioffiziers in der Redaktion veröffentlichte. Dieser untersuchte, ob der ANO-Vorsitzende Pavol Rusko, der über ein Magnetband verfüge, auf dem sein Gespräch mit einem Redakteur von *Sme* vom Dezember 2002 aufgenommen sei, von jemandem abgehört werde. Anschließend erklärte der

ANO-Vorsitzende, er habe Informationen darüber, dass über ihn und andere Regierungsmitglieder diskreditierende Materialien gesucht werden, wobei er nicht ausschließe, dass es der Geheimdienst oder die Polizeibehörden seien, die dahinter stünden. Rusko gab an, aus vertrauenswürdigen Quellen die Information zu besitzen, dass das Tonband mit dem abgehörten Gespräch aus dem Innenministerium stamme. Er erklärte auch, KDH und SDKÚ wollten ihn diskreditieren. Die Überprüfung der ganzen Sache durch Strafverfolgungsorgane dauerte einige Monate. Während dieser Monate waren die Umstände der Abhöraffäre Gegenstand von Beratungen der Koalitionspartner. Im Januar 2003 räumte Innenminister V. Palko ein, dass P. Rusko illegal abgehört worden sei, bestritt jedoch, dass das Innenministerium dahinter gestanden habe. Auch der damalige SIS-Direktor V. Mitro lehnte die Beteiligung an der Abhörtätigkeit ab. Vertreter der ANO zogen damals ein eventuelles Ausscheiden aus der Regierungskoalition in Betracht. Harte verbale Attacken und Anschuldigungen spielten sich vor allem zwischen V. Palko und P. Rusko ab. Die ANO schickte den Koalitionspartnern Ende Jänner eine Liste von Vorschlägen zur Behebung der Krisenlage. Es ging um die Einführung einer sogenannten Kreuzkontrolle im Innenministerium und, falls die Koalitionspartner nicht einverstanden seien, auch um den Tausch von Ressorts, die Annahme eines Sondergesetzes zum Schutz vor dem Abhören, eine Stärkung der Befugnisse der Kontrollausschüsse des Parlaments, die Untersuchung der Abhörpraxis im Falle Rusko durch die zuständigen Parlamentsausschüsse. SDKÚ, KDH und SMK lehnten jedoch alle Schritte, die eine Öffnung des Koalitionsvertrages bedeuten würden, ab. Ende Februar 2003 zog schließlich die ANO den Vorschlag zur Einführung der sogenannten Kreuzkontrolle im Innenministerium zurück und zwar bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Untersuchung abgeschlossen sein würde. Im Juli 2003 teilte die Militärstaatsanwaltschaft offiziell mit, die Strafverfolgung in Sachen illegalen Abhörens unterbrochen zu haben, da kein konkreter Täter ausfindig gemacht werden konnte. Die Untersuchung wies jedoch nach, dass das inkriminierte Gespräch von P. Rusko mit dem Journalisten der *Sme* vom slowakischen Nachrichtendienst abgehört und aufgenommen wurde,

■ Im Juli 2003 teilte die Militärstaatsanwaltschaft offiziell mit, die Strafverfolgung in Sachen illegalen Abhörens unterbrochen zu haben, da kein konkreter Täter ausfindig gemacht werden konnte.

wobei es sich jedoch nicht um das Abhören des Vorsitzenden der ANO, sondern der Tageszeitung *Sme* handelte. Nachdem die Feststellung, dass die SIS hinter dem illegalen Abhören stand und dass nicht P. Rusko, sondern eine unabhängige Zeitung Gegenstand des Abhörens war, veröffentlicht wurde, spielte der Fall keine wichtigere Rolle mehr in den Beziehungen der Koalitionsparteien. Sie wurde mehr auf Ebene der Legitimität und Legalität der Tätigkeiten von Geheimdiensten, ihrer wirksamen Kontrolle und des Einflusses ihrer Aktivitäten auf die gesamte innenpolitische Entwicklung beurteilt.

Beziehungen zwischen Staat und Kirche sowie der SR zum Vatikan

■ Fragen bezüglich des Abschlusses von Teilverträgen mit dem Vatikan, die an den im Jahre 2000 unterzeichneten Grundvertrag anknüpften, waren eine weitere Quelle von Spannungen in der Koalition.

Fragen bezüglich des Abschlusses von Teilverträgen mit dem Vatikan, die an den im Jahre 2000 unterzeichneten Grundvertrag anknüpften, waren eine weitere Quelle von Spannungen in der Koalition. Im Mai 2003 teilten Vertreter der ANO mit, dass sie mit dem Vertrag über Gewissensvorbehalt nicht einverstanden sei und erklärten, dass sie seine Verabschiebung für eine Verletzung des Koalitionsvertrages hielten. Nach ANO sollte über den Vertrag in dieser Legislaturperiode überhaupt nicht verhandelt werden. Umgekehrt hatte sich nach Auffassung der KDH die Slowakische Republik im Grundvertrag mit dem Vatikan zur Annahme von vier Teilverträgen verpflichtet und diese Verpflichtung sei auch in der Regierungserklärung enthalten. Vorbehalte zu dem vom Unterrichtsministerium vorgelegten Vertragsentwurf äußerte jedoch auch die SDKU, und auch die SMK hielt den Entwurf für problematisch. Im Juni 2003 hat der Legislative Rat der Regierung eine Reihe von Einwänden zum Zusatzvertrag mit dem Vatikan über Schulwesen und Bildung erhoben. Die Mitglieder des Rates meinten, das Dokument respektiere nicht die Gleichheit der Bürger und der verschiedenen Glaubensbekenntnisse, vielmehr stelle es die Katholiken über andere Bürger. Kritische Bemerkungen zum Vertragsentwurf hatte auch das Höchste Gericht der SR. Der Legislative Rat selbst hatte den grundsätzlichen Einwand, dass der Vertrag den Charakter eines zwischenstaatlichen Vertrags und nicht eines Regierungsvertrags habe und deshalb der Verabschiebung durch das Parlament bedürfe. Der LR (Legisla-

tive Rat) empfahl, dass parallel zum Vertrag mit dem Vatikan ein ähnlicher Vertrag mit den anderen Kirchen vorbereitet werden solle. Anfang Juli 2003 legten die Minister der ANO gegen den erneuten Entwurf des Vertrags über katholische Erziehung und Bildung ihr Veto ein: Der Vertrag sei ein Versuch, den säkular-zivilen in einen katholischen Staat zu verwandeln, er sei unausgewogen, für die SR nachteilig und unkündbar. Als Argument für ihre ablehnende Haltung benutzte die ANO die Kritik des Höchsten Gerichtes. Nachdem das Außenministerium der Regierung die Ansicht vorgelegt hatte, dass für die Inkraftsetzung des Vertrages die Zustimmung des Parlaments nicht nötig sei, legte Unterrichtsminister Martin Fronc den Vertragsentwurf im Juli 2003 zum dritten Mal in der Kabinettsitzung vor. Die Regierung nahm ihn an, die Minister der ANO stimmten jedoch dagegen. SDKÚ, SMK und KDH wiesen den Vorschlag von ANO zurück, den Vertrag im Parlament behandeln zu lassen. Abgeordnete der ANO unterstützten einige Tage später im Parlament den Vorschlag des Vorsitzenden der Partei Smer, R. Fico, den Vertrag mit dem Vatikan über katholische Erziehung und Bildung auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen. Für diesen Vorschlag stimmten neben der ANO erwartungsgemäß die Abgeordneten der Opposition.

Personelle Änderungen in der Regierung

Im Jahre 2003 kam es in der Zusammensetzung der Regierung zu zwei Änderungen, die beide mit internen Konflikten in den Parteien zusammenhingen. Im September reichte Wirtschaftsminister Róbert Nemcsics (ANO), dem der Vorstand der eigenen Partei das Misstrauen aussprach, seinen Rücktritt ein. R. Nemcsics geriet in einen Konflikt mit dem Vorsitzenden Rusko wegen innerparteilicher Fragen und der Zusammenarbeit der ANO mit den Koalitionspartnern. Der ANO-Vorstand entschied, dass Rusko die Nachfolge im Amt des Wirtschaftsministers übernehmen solle. Im September legte Premierminister M. Dzurinda den Vorschlag zur Abberufung von Verteidigungsminister Ivan Šimko (SDKÚ) vor, dem der eigene Parteivorstand das Misstrauen ausgesprochen hatte (er verlor zugleich mit dem Amt des Ministers das des stellvertretenden Parteivorsitzenden).

■ Im September reichte Wirtschaftsminister Róbert Nemcsics (ANO), dem der Vorstand der eigenen Partei das Misstrauen aussprach, seinen Rücktritt ein.

Der Grund für den Sturz Šimkos war seine Haltung bei der Abstimmung über die Abberufung des Direktors des Nationalen Sicherheitsamtes, Ján Mojžiš, als er sich im Unterschied zu allen anderen SDKÚ-Regierungsmitgliedern der Stimme enthielt. Der Vorschlag zur Abberufung J. Mojžišs wurde von Premierminister M. Dzurinda vorgelegt, der knapp davor erklärt hatte, das Vertrauen in den Chef des NBU (Nationales Sicherheitsamt) „total“ verloren zu haben. Mit der Abberufung von J. Mojžiš erreichte die Affäre des sogenannten *Grüppchens*, einer Personengruppe, die angeblich verschiedene wirtschaftliche, politische und medienorientierte Aktivitäten gegen den Nachrichtendienst SIS und SDKÚ ausgeübt haben soll, ihren Höhepunkt. Der erste, der Informationen über die Existenz des *Grüppchens* mitteilte, war Premierminister M. Dzurinda. Die namentliche Liste angeblicher Mitglieder wurde im August vom Abgeordneten von Smer, Róbert Kaliňák, veröffentlicht, unter den sieben angeführten Personen (Unternehmer, Journalisten, Staatsbeamte) war auch J. Mojžiš. M. Dzurinda, der in Sachen *Grüppchen* eine Zeugenaussage bei der Staatsanwaltschaft machte, führte öffentlich keine Namen an. Der Name des Nachfolgers von Ivan Šimko im Amt des Verteidigungsministers war beim Abschluss des Manuskripts noch nicht bekannt.

■ **Kommunalwahlen**

■ Hinsichtlich der Kräfteverteilung im Lande insgesamt war die Tatsache von Bedeutung, dass in den Kommunalwahlen im Dezember 2002 die Parteien der Regierungskoalition SDKÚ-SMK-KDH-ANO außerordentlich gute Ergebnisse in Landesstädten sowie in mehreren Bezirksstädten erzielten.

Hinsichtlich der Kräfteverteilung im Lande insgesamt war die Tatsache von Bedeutung, dass in den Kommunalwahlen im Dezember 2002 die Parteien der Regierungskoalition SDKÚ-SMK-KDH-ANO außerordentlich gute Ergebnisse in Landesstädten sowie in mehreren Bezirksstädten erzielten. Die Wahlbeteiligung lag bei 49,51 Prozent.

Nach Angaben des Statistischen Amtes der SR wurden zu Oberbürgermeistern und Bürgermeistern 951 unabhängige Kandidaten gewählt (32,7 Prozent aller Inhaber dieser Ämter), 384 Kandidaten der HZDS (13,2 Prozent), 233 SMK (8,0 Prozent), 206 KDH (7,0 Prozent), 128 SDĽ (4,4 Prozent), 127 SDKÚ (4,4 Prozent), 68 Partei Smer (2,3 Prozent), 59 ANO (2,0 Prozent), 38 SNS (1,3 Prozent), 32 KSS (1,1 Prozent), 18 DS (0,6 Prozent), 17 HZD (0,6 Prozent), 13 PSNS (0,4 Prozent) und 8 SDA (0,3 Prozent).

In Gemeinderäte und Stadträte wurden 3564 Kandidaten der HZDS (16,6 Prozent der Gesamtzahl der Mandatsträger), 2904 KDH (13,5 Prozent), 2892 unabhängige Kandidaten (13,5 Prozent), 2050 SMK (9,5 Prozent), 1619 SDL (7,5 Prozent), 1066 SDKÚ (5,0 Prozent), 968 Smer (4,5 Prozent), 673 SNS (3,1 Prozent), 626 ANO (2,9 Prozent), 460 KSS (2,1 Prozent), 273 DS (1,3 Prozent), 250 PSNS (1,2 Prozent), 211 HZD (1,0 Prozent) und 140 SDA (0,7 Prozent) gewählt.

In den Landesstädten hatten Kandidaten von Parteien rechts der Mitte, die zur Regierungskoalition gehören, mehr Erfolg. In Bratislava wurde Andrej Ďurkovský zum Oberbürgermeister gewählt (Koalition KDH-ANO-DS-DU-SZS), in Nitra Ferdinand Vítek (Koalition SDKÚ-KDH-ANO-SZS), in Trenčín Juraj Liška (Koalition SDKÚ-KDH-ANO-DS) und in Trnava Štefan Bošňák (KDH-SDKÚ-ANO-DS-SZS). In Košice gewann Zdenko Trebuľa (Kandidat einer Mittelinkskaolition SDA-Smer-SMK-ANO), in Banská Bystrica Ján Králik (Kandidat einer Linkskoalition SDL-SDSS-HZDS-HZD-KSS), in Prešov Milan Benč (Kandidat einer links-nationalen Koalition HZDS-HZD-SNS-SDL-SDA). In Žilina wurde Ján Slota (PSNS) zum Oberbürgermeister gewählt.

■ Volksabstimmung über den Beitritt der SR zur EU und der Versuch, eine Volks- abstimmung über den Beitritt zur NATO anzusetzen

Im Mai 2003 fand die Volksabstimmung über den Beitritt der SR zur Europäischen Union statt. Die Bürger nahmen zur Frage „Stimmen Sie zu, dass die Slowakische Republik ein Mitgliedsstaat der Europäischen Union wird?“ Stellung. Gemäß Angaben der für die Volksabstimmung zuständigen zentralen Kommission nahmen 52,15 Prozent der Wahlberechtigten an dem Referendum teil. Für die Mitgliedschaft der SR in der EU stimmten 92,46 Prozent beteiligter Wähler, dagegen 6,20 Prozent. Zwei Arten von Faktoren haben die Beteiligung an der Volksabstimmung beeinflusst. Zu den ersten gehörten diejenigen, die zur Teilnahme der Bürger an der Abstimmung ermunterten. Es ging um:

**■ Für die Mitgliedschaft
der SR in der EU stimmten
92,46 Prozent beteiligter
Wähler, dagegen 6,20
Prozent.**

- Klarheit und Verständlichkeit der Abstimmungsfrage;
- langfristig hohes Maß von Zustimmung zum Beitritt der SR zur EU;
- positives Image der EU in der Öffentlichkeit und die starke Erwartung einer Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung nach dem Beitritt zur EU;
- langfristige Präsenz des Themas europäische Integration in der öffentlichen und der politischen Diskussion;
- Verfügbarkeit von Grundinformationen über die Union;
- die einvernehmliche Position relevanter politischer Akteure in Sachen Zustimmung zum Beitritt in die Union;
- die Tatsache, dass das Thema des Beitritts der SR in die EU weder die politische Szene noch die Bevölkerung entzweit.

Zur zweiten Gruppe gehörten Faktoren, die die Bürger von der Teilnahme an der Volksabstimmung abhielten:

- bisherige negative Erfahrungen mit Volksabstimmungen in der Slowakei und das verminderte Ansehen des Instituts der Volksabstimmung bei einem Teil der Öffentlichkeit;
- die Haltung der Bevölkerung zur Position der SR im Integrationsprozess als die eines Landes, das die entscheidenden, mit der EU-Mitgliedschaft verbundenen „Akte“ bereits hinter sich hat (Parlamentswahlen 1998 und 2002, Abschluss der Beitrittsverhandlungen, Unterzeichnung des Beitrittsvertrages, usw.);
- kritische Sicht der aktuellen politischen Entwicklung seitens eines großen Teils der Bevölkerung, was die passive Haltung zu Wahlakten vertieft;
- die Nichtteilnahme an der Volksabstimmung seitens der Bürger mit negativer Haltung zur Regierung als demonstrative Ablehnung ihrer Politik (die Volksabstimmung über die Mitgliedschaft in der EU wird faktisch als Abstimmung über das Vertrauen in die Regierung gesehen). Zu einer solchen Einstellung trugen Äußerungen einiger Oppositionspolitiker darüber bei, dass im Falle der Ungültigkeit der Volksabstimmung die

Regierung zurücktreten sollte. Die Bedeutung dieses Faktors wurde durch regionale Unterschiede in der Teilnahme an der Abstimmung auf anschauliche Weise bestätigt – in Bezirken, die als Bastionen der Opposition gelten, war die Teilnahme um ein vieles niedriger.

- Äußerungen mehrerer Politiker darüber, dass im Falle der Ungültigkeit der Abstimmung das Parlament sowieso den Beitrittsvertrag ratifiziert, was den Eindruck erweckte, die Abstimmung sei überflüssig.
- der wettbewerbslose Charakter der Kampagne vor der Volksabstimmung ohne Aufrufe, am Referendum teilzunehmen und gegen den Beitritt zur EU, zu stimmen (in der SR gibt es keine relevante politische Gruppe mit ablehnender Haltung zur Mitgliedschaft in der EU);
- die Möglichkeit für die Gegner des Beitritts der SR zur EU, ein für sie besseres Ergebnis durch den Boykott zu erreichen (Ungültigkeit mangels ausreichender Teilnahme). Die Wirksamkeit dieses Faktors wurde durch die Überzahl positiver Voten bestätigt, was u.a. gerade die schwache Beteiligung der Gegner des Beitritts der SR zu EU signalisierte;
- unvergleichlich schwächere Mobilisierung politischer Parteien als vor Parlamentswahlen.

Anfang Januar 2003 veröffentlichte eine Gruppe von 38 slowakischen Bürgern den Aufruf „Für eine Volksabstimmung über den Beitritt der SR zur NATO“. Der Aufruf, der von Persönlichkeiten aus dem öffentlichen sowie kulturellen Bereich unterzeichnet wurde, von denen die meisten durch ihre Ablehnung der NATO-Mitgliedschaft der SR bekannt waren, forderte, dass eine derart wichtige Frage wie der Beitritt der SR zur NATO von den Bürgern in einer Volksabstimmung entschieden werden sollte. Das Volksbegehren fand zur Zeit steigender Spannungen rund um den Irak statt und die Veranstalter rechneten zweifellos mit einer sinkenden Unterstützung der Öffentlichkeit für einen NATO-Beitritt infolge des militärischen Konflikts im Irak und einer Mobilisierung der Bürger zur aktiven Unterstützung des Volksbegehrens. Die Unterstützung des Volksbegehrens für eine Volksabstimmung über den Beitritt der SR zur NATO kündigten die KSS, SNS und

PSNS an, Aktivisten dieser Parteien nahmen direkt an der Unterschriftensammlung teil.

Das Volksbegehren endete aber mit einem Fiasko. Den Veranstaltern ist es nicht gelungen, 350000 Unterschriften, die zur Ansetzung einer Volksabstimmung notwendig wären, zu sammeln. Mitte April 2003 teilten die Mitglieder des Volksbegehrenausschusses mit, dass es den Aktivisten nur gelungen sei, 191000 Unterschriften zu sammeln, und die Aktion abgebrochen werde. Die meisten Unterschriften sammelte die KSS (107000), die Aktivisten des Volksbegehrenausschusses sammelten fast 66000, die SNS und PSNS sammelten insgesamt über 13000 Unterschriften, den Rest Aktivisten weiterer Nichtregierungsorganisationen.

■ Standpunkte der Regierung in Fragen der Außenpolitik

■ In der Rhetorik von Regierungsvertretern waren ein starkes euroatlantisches Element und das Bemühen, die Integration in die EU mit den Prinzipien atlantischer Solidarität zu verbinden, deutlich spürbar.

In der Rhetorik von Regierungsvertretern waren ein starkes euroatlantisches Element und das Bemühen, die Integration in die EU mit den Prinzipien atlantischer Solidarität zu verbinden, deutlich spürbar. Für die außenpolitische Ausrichtung des Landes insgesamt hatten die Entscheidungen der Regierung in den mit der Haltung zum Irak verbundenen Fragen (Gesamtbewertung der Lage, Unterstützung von Bemühungen zur Entwaffnung des Saddam-Regimes, Standpunkt zur militärischen Gewaltanwendung, Öffnung des Luftraumes und des Landweges für den Transport von Personal und Ausrüstung der amerikanischen Streitkräfte, Entsendung slowakischer Soldaten ins Krisengebiet) große Bedeutung. Nach Annahme solcher Entscheidungen brachten Regierungsmitglieder die Haltung des Kabinetts mit der transatlantischen Orientierung der Außenpolitik der SR, der Teilnahme der SR an der internationalen Antiterrorallianz und dem Wertesystem der slowakischen Außenpolitik in Zusammenhang. Obwohl sich die Standpunkte eines der Koalitionspartner, der KDH, in einigen mit dem Krieg im Irak verbundenen Fragen von denjenigen der drei anderen Koalitionsparteien unterschieden, beeinflussten diese Differenzen nicht gravierend die Beziehungen zwischen den Regierungsparteien und wurden auch nicht Ursache von Spannungen oder Konflikten innerhalb der Koalition. Der Premierminister versuchte, zur Unterstüt-

zung des Regierungsstandpunktes auch die Oppositionsparteien zu gewinnen. Im November 2002 erklärte Premier M. Dzurinda, dass die Slowakei immer und unter allen Umständen dem Schutz demokratischer Prinzipien, Ideale und Werte verpflichtet sein werde und dass die SR fest an Seite der USA und der Alliierten stehe. Ein klares Signal zur Position der SR in der Irakfrage war die Unterstützung des gemeinsamen Standpunktes der Länder der Vilniusgruppe im November 2002. Im Januar 2003 gab die Regierung dem Ansuchen der USA um die Bewilligung der Überflüge und Landungen der Luftwaffe der USA statt. Gleichzeitig genehmigte sie die Entsendung einer Einheit für Strahlenschutz und Schutz vor chemischen und biologischen Waffen nach Kuwait. Bei der Abstimmung über die Verabschiedung des Regierungsbeschlusses über die Entsendung der slowakischen Militäreinheit stimmten 14 Kabinettsmitglieder dafür, dagegen waren zwei Minister der KDH – Vladimír Palko und Martin Fronc. Das dritte Regierungsmitglied der KDH, Daniel Lipšic, stimmte der Entsendung zu. Ende Januar 2003 schloss sich Premierminister Dzurinda dem Schreiben der Führer von acht europäischen Ländern zur Unterstützung der USA in der Irak-Frage faktisch an. Mitte Februar 2003 befasste sich die Regierung mit dem Gesuch der USA um die Bewilligung von Transporten von Technik und Personal der USA auf Straße und Schiene in der SR, für die Bewilligung stimmten 14 Regierungsmitglieder – zwei Minister, V. Palko und M. Fronc, waren dagegen. Palko begründete dies damit, dass er den Krieg im Irak für verfrüht halte. Mitte März 2003, einige Tage vor Beginn der Militäroperation gegen das Saddam-Regime, sagte Premierminister Dzurinda der entstehenden internationalen Koalition zur Entwaffnung des Irak auch mit Hilfe militärischer Gewalt seine politische Unterstützung zu. Einige Stunden nach Beginn der Militäroperation der USA und ihrer Verbündeten hielt Dzurinda im slowakischen Fernsehen eine Rede, in der er die Solidarität mit den USA zum Ausdruck brachte. Ähnliche Positionen in den mit der Krise rund um den Irak verbundenen Fragen (später auch um die Militäraktion der USA und ihrer Verbündeten) bezog auch der Staatspräsident der SR, Rudolf Schuster, der sich für eine aktiver Rolle der Slowakei aussprach. Er betonte, dass die SR an der

Mitte März 2003, einige Tage vor Beginn der Militäroperation gegen das Saddam-Regime, sagte Premierminister Dzurinda der entstehenden internationalen Koalition zur Entwaffnung des Irak auch mit Hilfe militärischer Gewalt seine politische Unterstützung zu.

Gestaltung der europäischen Außenpolitik teilnehmen möchte, jedoch unter Beibehaltung einer signifikanten atlantischen Dimension und der Allianz mit den USA.

■ Anlage: Abkürzungen und Namen der politischen Parteien

ANO	– Allianz des Neuen Bürgers
DS	– Demokratische Partei
DU	– Demokratische Union
HZD	– Bewegung für Demokratie
HZDS	– Bewegung für eine Demokratische Slowakei
LÚ	– Volksunion
KDH	– Christlich-Demokratische Bewegung
KSS	– Kommunistische Partei der Slowakei
PSNS	– Authentische Nationale Partei der Slowakei
SDA	– Sozialdemokratische Alternative
SDL	– Partei der Demokratischen Linken
SDKÚ	– Slowakische Demokratische und Christliche Union
SDSS	– Sozialdemokratische Partei der Slowakei
SMK	– Partei der Ungarischen Koalition
SNS	– Slowakische Nationale Partei
SZS	– Partei der Grünen in der Slowakei